

Grüne für Grundstückskauf

Bussenius: „Fühlen uns den ehemaligen Insassen des Sandbosteler NS-Lagers verbunden“

VON RAINER KLÖFKORN

ROTENBURG/SANDBOSTEL. Die Grünen-Kreistagsfraktion fordert Landrat Hermann Luttmann (CDU), die Kreistagsabgeordneten und die Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung Gedenkstätte Sandbostel auf, dem Kauf des so genannten Edelmann-Grundstückes für 75 000 Euro zuzustimmen. Dadurch werde die Arbeit der Gedenkstätte profitieren, sagt der Fraktionsvorsitzende Reinhard Bussenius.

Wenn Landrat Luttmann von einer „Klientelpolitik“ spreche, die die Kreistagsmehrheit von SPD, Grüne und WFB mit ihrem Kaufantrag bediene, dann habe er durchaus Recht, meint Bussenius ironisch. Die Politiker fühlten sich den ehemaligen Kriegsgefangenen und den Häftlinge des NS-Lagers, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen verbunden. Und auch den Bürgern der Region, historisch Interessierten, Jugendlichen und Schülern.



Die alten Lagergebäude auf dem **Edelmann-Grundstück** verfallen zunehmend.

Foto: zz/oer

Das unansehnliche Edelmann-Grundstück rage mitten in das Gelände der Gedenkstätte hinein. Bussenius: „Es ist ein Schandfleck, der umgehend beseitigt werden sollte. Der jetzige Zustand ist mit dem Anspruch an eine würdige Gestaltung der Gedenkstätte nicht zu vereinbaren.“

Die von Landrat Luttmann ge-

nannten Gründe gegen den Kauf des Grundstückes seien auch nicht stichhaltig. Unter anderem entfalle nach dem Kauf der Immobilie die jährliche Miete von 4 800 Euro für das Haus „Altenburg“, das auf dem Gelände stehe. Bussenius: „Dort könnte ein Seminargebäude eingerichtet werden. Die Aufräumarbeiten

könnten weitgehend ehrenamtlich erledigt werden.“ Die Sicherung wertvoller Teile auf dem denkmalgeschützten Edelmann-Gelände sei nur nach einem Erwerb möglich. Da es auch bereits Sponsoren gebe, die sich großzügig einbringen wollten, sei es also falsch, wie der Landrat von einem „Fass ohne Boden“ zu sprechen.

Bussenius: „Die finanziellen Aspekte sind eher vorgeschoben. Es erscheint gerade in diesem Fall eher fragwürdig und unangemessen, Grundstücksfragen und Kaufpreise öffentlich zum Thema zu machen.“